

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.20 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuten entgegen.

Die Interalliierte Kommission mahnt zum Frieden.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien hat folgende Berordnung gegen den polnischen Terror erlassen: „Auf den Gruben und Werken des ober-schlesischen Bergbau- und Hüttenbezirkes ist es in letzter Zeit wiederholt zu Bedrohungen und Angriffen gegen einzelne Beamte und Andersdenkende gekommen. Diese Zustände haben häufig bedauerliche Differenzen, welche die Arbeitsintensität auf das empfindlichste stürzen, ergeben. Es müssen für künftige Beleidigungen und Körperverletzungen in Zukunft schwere Gefängnisstrafen verhängt werden, sobald einzelne Fälle zur Anzeige gelangen. Man wird es begreiflich finden, daß im Interesse des ober-schlesischen Wirtschaftslebens alle Differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle verhindert werden müssen.“

Einigung über die Transportfrage.

Berlin, 3. August. Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Heute mittag erschienen beim Reichsminister des Auswärtigen der französische Botschafter, der englische Botschafter und der italienische Geschäftsträger und überreichten ihm nachstehende von den drei genannten Vertretern unterzeichnete Note:

„Berlin, 3. August. Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich, im Auftrage ihrer Regierungen die deutsche Regierung zu ersuchen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien jeden Augenblick nötig machen kann.“

Es wurde mündlich noch hinzugefügt, daß es sich nicht um ein Ersuchen handelt, schon jetzt Truppen zu fördern, sondern um die grundsätzliche Vereinfachung Deutschlands, dies auf speziellem Aufforderung hin zu tun.

Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dies Verlangen dem Letzten der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingegebenen Standpunkt entspreche. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverteidigungsminister in Verbindung zu treten.

Neue polnische Ausschreitungen.

Berlin, 4. August. Blättermeldungen aus Beuthen zufolge mehren sich die Sturmzüge in Oberschlesien. In Schoppinich wurden große polnische Umzüge veranstaltet, die schließlich zu Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Bevölkerung ausarteten. Auf der Strecke Beuthen—Miesowitz wurden wiederholt Straßenbahnwagen angehalten und die Fahrgäste verprügelt. Auch aus Rabzontau wird schlimmster polnischer Terror gemeldet. Der Strom der deutschen Flüchtlinge aus den von den Polen heimgesuchten Landorten nach Beuthen nimmt immer größeren Umfang an.

Der kommunistische Vertrauensbruch.

Wo sind die 345 000 Mark?

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu der Unterföhlung der 345 000 Mark von Geldern der Unterföhlungskommission der Berliner Arbeiterschaft schreibt Emil Barth in der Freiheit einen ausführlichen Bericht, in dem er seine Anklage aufrichtig und genauer darlegt. Er sagt u. a., wie er selber jetzt festgestellt habe, daß der Volksgesundheitsrat in der Münzkraße für sein Druckereunternehmen „Werk“ und seine Verlagsgesellschaft Arbeiterrat von Baez 72 000 Mark geliehen habe. Barth erhob scharfen Protest und forderte sofortige Zahlung oder die Verpfändung von Wertobjekten, die diese Summe decken müßten. Erst erhob Einspruch, weil er das erste nicht konnte und das zweite nicht wollte. Schließlich sollten die Maschinen des Werks verkauft und die ersten 72 000 Mark der Unterföhlungskommission übergeben werden. Am festgesetzten Termin, dem 1. Oktober war jedoch nichts bezahlt, erst nach langem Verhandeln wurde am 15. Februar ein Schein über die Summe übergeben. Die Freiheit hat ebenfalls einmal ein Darlehen erhalten und zurückgezahlt. Ein zweiter Antrag auf ein Darlehen wurde abgelehnt mit der Begründung der kommunistischen Mitglieder, daß die Freiheit ein konterrevolutionäres Organ sei. So wurden dann mehrfach von den kommunistischen Mitgliedern Anträge auf Unterföhlung der roten Hilfe, die inzwischen gebildet war, gestellt, die aber abgelehnt wurden. Am 1. August machte Emil Barth den Vorschlag, den die Unterföhlungskommission der Berliner Arbeiterschaft anerkannte und der besagt, daß die rote Hilfe bis zum 30. September in Berlin ihre Tätigkeit forschen könne, dann aber liquidieren und ihre Gelder an die Unterföhlungskommission überweisen sollte, die diese als Reserve für die Opfer der Märzaktion 1921 referieren müsse. Die Kommunisten lehnten diesen Vorschlag ab und vertagten die Sitzung. Der weitere Verlauf ist bekannt. Der vorletzte Kassenbericht ging bis zum 16. November 1920 und wies ein Bankguthaben von 484 869 Mark auf. Der nächste ging bis zum 15. April, in ihm waren 139 540 Mark als von der Bank abgehoben verzeichnet. es mußte also ein Bestand von 345 329 Mark vorhanden sein. In Wirklichkeit sind aber nur 250 Mark da. Barth wirft die Frage auf, ob nicht für jeden objektiv Denkenden die Vermutung nahelege, daß das Geld nachdem 15. April reiflos der roten Hilfe überwiesen sei. Barth führt sich als Treuhänder gegenüber der Berliner Arbeiterschaft verpflichtet, alles zu tun,

um die Verfügung über dieses Geld der gesamten Arbeiterschaft wieder zurückzugeben. Schließlich sagt er noch, daß der Betrug der Kommunisten und ihr Handeln gegen Treue und Glauben die Sammlungsmöglichkeit für Sowjetrußland erschlage.

Eine Aktion gegen die Kommunisten.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Berliner Zentrale der KPD wurde gestern eine Haus-suchung abgehalten, da dem Polizeipräsident mitgeteilt worden war, daß dort Waffen versteckt seien. Das Polizeipräsident teilt dazu mit, das Waffen nicht gefunden wurden. Man entdeckte aber bei der Durchsuchung zahlreiches, die Zentrale der KPD, belastendes Material, u. a. amtliche Stempel, amtliche Rüstzeug und amtliche Vorurteile, die zur Beschaffung von falschen Ausweisen dienen. Das Material wurde beschlagnahmt und zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht. Eine bürgerliche Korrespondenz weiß außerdem noch, daß die Haus-suchung vier Stunden gedauert habe. Das Personal der KPD protestierte und weigerte sich, die Schränke und Schreibtische zu öffnen, so daß die Beamten gezwungen waren, einige Behälter gewaltsam zu öffnen. Vor allen Dingen sollte verhindert werden, daß die Kriminalbeamten in das sogenannte Abordnenzimmer eindringen, in dem die kommunistischen Abgeordneten Eberlein, Maltzahn, Höllein und Kemmele ihr Material hatten. Die genannten Abgeordneten, die zu Beginn der Haus-suchung im Reichstag waren, wurden telefonisch herbeigerufen und verlangten unter Berufung auf ihre Immunität, daß ihre Schränke und Schreibtische unangestastet bleiben.

Es hat stark den Anschein, als sei die Waffensuche nur Vorwand gewesen, um einen Einblick in die Organisation der Kommunisten zu gewinnen. Was an dem belastenden Material ist, wird das Strafverfahren festzustellen haben — die Angaben der Polizei in politischen Affären sind erfahrungsgemäß mit Reserve aufzunehmen.

Freispruch im Frankfurter Kommunistenprozess.

Frankfurt a. M., 4. August. (M.) In vorgerückter Stunde wurde Mittwochnachmittag das Urteil im Frankfurter Kommunistenprozess, der viel Aufsehen erregt hat, verkündet. Es lautet gegen sämtliche Angeklagte auf Freisprechung. Das Urteil wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Frankfurt a. M., 4. August. (M.) In der Begründung des freisprechenden Urteils im Frankfurter Kommunistenprozess heißt es: „Daß eine militärisch vorbereitete Organisation der Kommunisten bestand, unterliegt keinem Zweifel; daß eine große Anzahl von Parteimitgliedern sich jederzeit zu militärischen Angriffen bereit und bereitfindet, steht für das Gericht als amtlich festgestellt. Etwas ganz anderes aber ist die Feststellung, inwieweit sich die Angeklagten an den hiesigen Organisationen beteiligt haben. Die Feststellung hat sich nicht treffen lassen.“

Die Abrüstungskonferenz.

London, 2. August. Der diplomatische Berichterstatter des Evening Standard schreibt, infolge der ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung sei der Plan einer Vorkonferenz zur Washingtoner Abrüstungskonferenz fallen gelassen worden. An der Washingtoner Abrüstungskonferenz sollen teilnehmen: England (dessen Delegierte auch die Dominions vertreten werden), Frankreich, Italien, Japan, China und die Vereinigten Staaten. Sowohl Lloyd George als Briand würden der Konferenz beiwohnen.

Genf, 3. August. Der König von England und der König von Norwegen haben die Ratifikationsurkunde des künftigen internationalen Gerichtshofes unterzeichnet. Damit ist die Zahl der Ratifikationen auf 14 gestiegen.

Militaristischer Putsch in Lissabon?

Lissabon, 3. August. Eine Depesche aus Lissabon meldet, daß das Gericht umgehe, daß eine Revolution in Lissabon ausgebrochen sei und daß die Armee vorsorglich strategische Stellungen eingenommen habe. Eine Lissaboner Depesche besagt, daß alle Vorkonferenztagungen getrossen sind und man Truppen aus den verschiedenen Provinzen kommen läßt. In der Hauptstadt herrsche Ruhe und ebenso im ganzen Lande. In Lissabon würden alle Truppen in den Kasernen zurückgehalten.

Nach einer über London kommenden Meldung soll es sich um einen Militäraufstand gehandelt haben, der niedergeschlagen worden sei. Die Regierung sei Herrin der Lage.

Die Kommunistenhege in Jugoslawien.

Graz, 3. August. Die Tagespost meldet aus Belgrad: Auf Grund des Beschlusses über die Ausschließung der kommunistischen Abgeordneten wurden 12 kommunistische Abgeordnete verhaftet. In Esseg veranstaltete die Menge große Kundgebungen gegen die Kommunisten. Das kommunistische Arbeiterheim wurde zerstört. Bei Zusammenstößen auf den Straßen wurde der Präsident des Esseger Arbeiterklubs schwer verwundet. Auch aus anderen Orten Kroatiens kommen Nachrichten über Ausschreitungen gegen die Kommunisten.

Der alldenteche Betrug.

München, 3. August 1921.

Die in München erscheinenden „Süddeutschen Monatshefte“ haben es sich seit einiger Zeit zur besonderen Aufgabe gemacht, die alldenteche Lügenpropaganda, die vor und während des Krieges Millionen in den Tod gehehrt hatte, wieder zu erneuern. In ihrem Juliheft, das den Titel führt „Der große Betrug“ stellen sie erneut die Behauptung auf, daß der von Genossen Kurt Eisner im November 1918 im Berliner Tageblatt veröffentlichte Bericht der bayerischen Gesandtschaft vom 18. Juli 1914 „gefälscht“ sei. Da Eisner aber tot ist, behauptet man jetzt, nicht Eisner, sondern sein damaliger Sekretär, Genosse Felix F e s c h e n b a c h habe den Bericht gefälscht. Dabei beruft man sich auf eine Äußerung der Witwe des Genossen Eisner. Diese läßt nun in der Münchener Presse kategorisch erklären, daß sie niemals eine derartige Äußerung getan habe und Feschenbach hat angekündigt, daß er die ganze reaktionäre Presse, die diese Verleumdung nachgedruckt hat, verklagen wird.

Das Unverschämteste an dem neuen Betrug der Alldentechen aber ist, daß sie das ganze wirtschaftliche Elend Deutschlands, die drückenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und alles Unangenehme, was seit 1918 über das deutsche Volk kam, diesem angeblich gefälschten Bericht in die Schuhe schieben. Die ganze Hege hat einen sehr eindeutigen Zweck. Man braucht wieder einen neuen Agitationsstoff für die Alldentechen, die mit diesen Lügen wieder Boden zu gewinnen glauben. Ganz deutlich aber wird ein Organ der Merkitalen bayerischen Volkspartei, die im Anschluß an die Wiedergabe der Veröffentlichungen der „Süddeutschen Monatshefte“ ganz offen zur Ermordung des Genossen Feschenbach auffordert, indem es, wie wir drahtlich schon gemeldet haben, schreibt:

„Eisner ist tot, aber der Jude Feschenbach läuft noch irgendwo auf seinen Pfaffen in der Welt herum. . . . Es gibt kein Wort, das scharf genug wäre, um dieses schandbare Verbrechen der zwei Rätejuben entsprechend zu brandmarken. Jetzt büßt eine ganze Nation dafür. Wir sprechen es offen aus, was wir und Tausende von uns denken.“

Die ganze Sache Eisners und Feschenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes, und für den Juden Feschenbach ist in ganz Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkentat zu föhnen.“

Das ist die nackte Aufforderung zum Mord! Man will in dem Genossen Feschenbach einen Mitwisser der geschichtlichen Wahrheit befeitigen! Man behauptet nur deswegen, der von Eisner veröffentlichte Bericht sei gefälscht, weil darin die ganze verbrecherische Reichfertigkeit der deutschen Kriegspolitik enthüllt wird. Man will das aus der Welt lügen und die Verbrechen der Alldentechen vergessen machen. Das ist Sinn und Zweck der ganzen Hege und für Bayern ist sie nur eine neue Methode des Kampfes der Konterrevolution gegen das Proletariat. Die Parole der Reaktion heißt: Nieder mit der Wahrheit, es lebe die alldenteche Lüge!

Was steht nun tatsächlich in dem von Eisner im Auszug veröffentlichten Bericht? Es wird vom Legationsrat von Schön, der den bayerischen Gesandten in Berlin, den Grafen Verhensfeld vertrat, an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling, am 18. Juli 1914 berichtet:

1. Der wesentliche Inhalt der österreichischen Note an Serbien und die Antikündigung, daß diese Note am 25. Juli in Belgrad überreicht wird.

2. Daß man sich in Wien den Anschein einer friedlichen Gesinnung gebe, durch gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabs.

3. Daß man in Berlin bedauert, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein scharferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhause den Scheitern schon etwas gelöst hat.

4. Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen könne, wie sie im Ultimatum aufgestellt werden und daß die Folge des Ultimatum der Krieg sei.

5. Daß man in Berlin durchaus damit einverstanden sei, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin.

6. Daß man von der Berliner Regierung auf eine Anfrage aus Wien erklärt habe, daß man mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.

7. Daß man es in Berlin lieber gesehen hätte, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet worden wäre, und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa von sich aus eine Gegen-tuung anzubieten.

8. Daß es den „Staatsmännern“ von Jagow und Zimmermann noch zweifelhaft erscheine, ob man sich in Wien wirklich zum Krieg gegen Serbien aufraffen werde.

Das hat Kurt Eisner im Berliner Tageblatt Nr. 601 vom 24. November 1918 im Wortlaut aus dem Gesandtschaftsbericht veröffentlicht. Die reaktionäre Presse schreibt nur Zeter und Mordio, Eisner habe den Bericht gefälscht, weil er den übrigen Teil des Berichtes nicht veröffentlicht habe, in dem angeblich die Bemühungen Deutschlands um die „Lotali